

gegen das chinesische Volk gerichteten Treiben kein Ende setzt, wird die chinesisch-japanische Freundschaft unvermeidlich Schaden nehmen (ebd.).

Trost könnte das japanische Volk darin finden, daß die chinesische Presse unermüdlich betont, wie isoliert die "wenigen Beamten" sind, welche die Textrevisionen durchsetzen möchten; führende Politiker und Beamte, vor allem auch in der Führung der Regierungspartei, zeigten Einsicht, so die XNA (22.8.82). Andererseits warnte die Hongkonger Zeitung "Wen huei pao" Japans Spitzenpolitiker davor, auf Auslandsreisen zu gehen, bevor der Schulbuchkonflikt beigelegt ist. Die Zeitung, die den offiziellen Standpunkt der Regierung in Beijing vertritt, bezog sich auf den geplanten Besuch Suzukis in China sowie auf die bevorstehenden Reisen des Außenministers Sakurachi. "Freundschaftliche Besuche könnten sonst zu anti-japanischen Demonstrationen werden". (SWB, 26.8.82)

Am selben Tag noch gab der japanische Kabinettsprecher, Miyazawa Kiichi, eine offizielle Erklärung ab, deren zwei wichtigste Punkte lauteten: 1. Japan wird aufmerksam die Kritik aus den Nachbarstaaten beachten, und die japanische Regierung wird alles tun, um durch den Schulbuchkonflikt nicht die freundschaftlichen Beziehungen zu diesen Staaten zu gefährden, 2. das Zulassungsverfahren für Schulbücher wird künftig andere Kriterien bekommen und für schon zugelassene Bücher wird das Erziehungsministerium durch Interimsmaßnahmen die Kritik im Unterricht angemessen berücksichtigen (Kyodo, engl., 26.8.82 in SWB, 27.8.82).

Die chinesische Regierung wies die Erklärung Miyazawas unverzüglich zurück. Gegenüber dem japanischen Botschafter in Beijing, Katori, machte Vize-Außenminister Wu Xueqian folgendes deutlich: Die Erklärung ist weit davon entfernt, die chinesische Seite zufriedenzustellen, China betrachtet die Erklärung als enttäuschend. Die japanische Regierung begnügt sich mit vagen Zusagen, aufmerksam auf Kritik zu hören, hat aber keinen Katalog von klar umrissenen Maßnahmen vorgelegt; die chinesische Regierung beharrt darauf, daß Japan entschlossen Maßnahmen ergreift, um die Fehler des Erziehungsministeriums zu beheben und so zur weiteren Entwicklung der chinesisch-japanischen Freundschaft beizutragen (Radio Beijing, 28.8.82 in SWB, 31.8.82). Am

30.8. verdeutlichte die RMRB noch einmal die chinesische Position: Die Erklärung ist unannehmbar, weil sie keine konkreten Maßnahmen umreißt. Die Erklärung enthält kein Wort der Selbstkritik und keine Bereitschaft zuzugeben, daß der Krieg gegen China eine Aggression war. Statt dessen will die japanische Regierung offenbar auch weiterhin die kritisierten Schulbücher benutzen lassen. Schnelle und überzeugende Maßnahmen der japanischen Seite sind erforderlich; das chinesische Volk bedauert, daß der Schulbuchkonflikt sich so lange hinschleppt und noch immer nicht gelöst ist (RMRB, 30.8.82 in SWB, 31.8.82).

Der Konflikt hat auch offenbar in der japanischen Regierung zu einer Spaltung geführt, die Regierungschef Suzuki bisher nicht überwinden konnte. Der stellvertretende Erziehungsminister hat gegenüber Beamten des Außenministeriums deutlich gemacht, daß sein Ministerium nicht die Absicht habe, Schulbücher im Sinne der chinesischen und koreanischen Kritik zu ändern (Kyodo, engl., 5.8.82 in SWB, 6.8.82). Beide Ministerien stehen für die unterschiedlichen Positionen im japanischen Kabinett. Erziehungsminister Ogawa, früher Botschafter in Beijing, akzeptiert im Prinzip die chinesische Kritik (Kyodo, engl., 6.8.82 in SWB, 8.8.82), wie er gegenüber einem sozialistischen Unterhausabgeordneten versicherte - aber im japanischen System steht er "für sein Haus" und dort sind Spitzenbeamte offensichtlich entschlossen, keine Textänderungen vorzunehmen. Die bisherige Darstellung der japanischen Zeitgeschichte sei unter amerikanischem Druck entstanden, und es sei nicht mehr hinzunehmen, wenn das Wort "Invasion" etwa für den Krieg gegen China verwendet würde, denn das entspräche nicht den "Tatsachen", sondern sei bereits Interpretation - es sollten aber nur Fakten beschrieben werden (der Leiter der Schulbuchzulassungsabteilung im Erziehungsministerium, Kyodo, engl., 10.8.82 in SWB, 12.8.82).

Gegen die unnachgiebige Haltung der Kultusbürokratie versucht Außenminister Sakurachi eine Überarbeitung der Texte im Sinne der ausländischen Kritik zu erreichen, um der öffentlichen Meinung in China, aber auch in Japan selbst, Rechnung zu tragen (Sakurachi vor einem Oberhaus-Ausschuß, Radio Japan, dt., 10.8.82 in DW-MD, 11.8.82). Das japanische Kabinett, so der Außenminister später, würde zu einem Kompromiß zwischen den

beiden extremen Positionen kommen (Kyodo, engl., 22.8.82 in SWB, 24.8.82). Das letzte Wort dürfte bei Regierungschef Suzuki liegen, der um keinen Preis seine Reise nach China gefährden möchte. Aber Erziehungsminister Ogawa hat den Ministerpräsidenten namens seines Hauses bereits davor gewarnt, den chinesischen und koreanischen Forderungen zu weit nachzugeben; verantwortlich für die Schulbuchkontroverse sei allein das Erziehungsministerium, erklärte Ogawa unumwunden, Suzuki dürfe keinerlei Zusagen machen, die sein Ministerium dann nicht ausführen könne (Kyodo, engl., 25.8.82 in SWB, 26.8.82). Diese unnachgiebige Haltung unterstrich Ogawa noch einmal vor LDP-Mitgliedern (Kyodo, engl., 29.8.82 in SWB, 31.8.82) und auch Suzuki hob hervor, daß seine Regierung trotz der chinesischen Ablehnung nicht an eine Überarbeitung der o.g. Erklärung dächte (Kyodo, engl., 30.8.82 in SWB, 31.8.82). Es bleibt abzuwarten, ob der japanische Regierungschef unter diesen Umständen auch weiterhin im September in China "willkommen" ist, wie der chinesische Vizepremier Wan Li am 18. August noch gegenüber Mitgliedern einer Bunraku-Puppenspieltruppe betonte, denn als Voraussetzung nannte der chinesische Politiker eine Lösung des Schulbuchkonflikts (Kyodo, engl., 18.8.82 in SWB, 19.8.82).

-po-

INNENPOLITIK

(2)

7. Plenartagung des XI.ZK der KPCh

Nach einer sechstägigen Arbeitstagung trat das XI.ZK der KPCh am 6. August offiziell zu seiner 7. Plenartagung zusammen. Es beschloß, den XII. Nationalen Parteitag am 1. September 1982 zu eröffnen. Darüber hinaus verabschiedete das Zentralkomitee seinen Bericht für den kommenden Parteikongreß sowie den Entwurf eines neuen Parteistatuts. Beide Dokumente werden dem Parteitag zur Abstimmung vorgelegt werden. Schließlich verabschiedete das ZK zwei Grußadressen an das 90jährige Politbüromitglied Marschall Liu Bocheng und an das 82jährige ZK-Mitglied, Frau Cai Chang. Beide sind aus Altersgründen und wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage, am XII. Parteitag teilzunehmen und Führungsaufgaben innerhalb der KPCh zu übernehmen. Anlässlich ihres Ausscheidens aus dem po-

litischen Leben beschloß das ZK, den beiden Veteranen der kommunistischen Revolution herzliche Grüße und seine Hochachtung zu übermitteln. (Kommuniqué der 7. Plenartagung des XI. ZK der KPCh vom 6.8.82, in RMRB, 7.8.82, S.1)

An der 7. Plenartagung nahmen 185 ZK-Mitglieder und 112 Kandidaten des ZK teil. Darüber hinaus wohnten der Tagung 21 Personen ohne Stimmrecht bei. Den Vorsitz der Tagung führten alle 7 Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh, d.h. Hu Yaobang, Ye Jianying, Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Li Xiannian, Chen Yun und Hua Guofeng. (Ebenda)

In einem Leitartikel zum bevorstehenden XII. Nationalen Parteitag der KPCh gab die "Volkszeitung" u.a. bekannt, daß der Parteitag nicht nur ein neues Zentralkomitee, sondern auch eine Zentrale Beraterkommission und die Zentrale Disziplinkontrollkommission wählen wird (RMRB, 7.8.82, S.4). Während es sich bei dem Beratergremium um ein völlig neues Führungsorgan der KPCh handelt, existiert die Disziplinkontrollkommission bereits seit Dezember 1978 - allerdings war sie damals vom Zentralkomitee eingesetzt worden, während sie nun von den Delegierten des Parteitags gewählt werden soll. Dies dürfte jedoch nur eine formale Änderung darstellen, da die Parteitagdelegierten ohnehin den Kandidatenvorschlägen des amtierenden Zentralkomitees bzw. Politbüros folgen werden (müssen).

Ein weiterer Tagesordnungspunkt des XII. Nationalen Parteitags wird der Bericht der ZK-Disziplinkontrollkommission sein, der auf der 4. Plenarsitzung dieses Parteiordnungsgremiums vom 13. bis 17. August 1982 in Beijing verabschiedet wurde (RMRB, 18.8.82). Damit stehen mindestens folgende sechs Punkte auf der Tagesordnung des XII. Nationalen Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas:

1. Bericht des Zentralkomitees
2. Bericht der Disziplinkontrollkommission des ZK
3. Verabschiedung des neuen Parteistatuts
4. Wahl des neuen Zentralkomitees
5. Wahl der Zentralen Beraterkommission
6. Wahl der Zentralen Disziplinkontrollkommission

Auf dem XII. Parteitag werden 1.600 Delegierte vertreten sein. Darüber hinaus stehen 160 Er-

satzdelegierte zur Verfügung. Zweieinhalb Jahre dauerte es, bis Ende Juli 1982 endlich alle Abgeordneten gewählt worden waren. Dies bedeutet eine ca. andert-halb-jährige Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan: Im Februar 1980 hatte nämlich das ZK auf seiner 5. Plenartagung beschlossen, den XII. Nationalen Parteitag vorfristig einzuberufen und die Delegiertenwahlen hierzu bis Ende November 1980 abzuschließen.

Die Delegierten wurden auf Parteitag und Parteivertreterversammlungen der folgenden Ebenen gewählt:

- Provinzen (inkl. Taiwan!), Autonome Gebiete und regierungsunmittelbare Städte;
- direkt dem Zentralkomitee unterstehende Organe;
- zentrale Staatsorgane;
- zentrale Abteilungen der Volksbefreiungsarmee (VBA);
- Regionaltruppen der VBA (11 Militärregionen).

Die Delegiertenwahlen waren angeblich geheim, und es soll mehr Kandidaten als zu wählende Abgeordnete gegeben haben. (RMRB, 21.8.82)

Weitere Einzelheiten zum bevorstehenden XII. Parteitag gaben der Parteivorsitzende Hu Yaobang und der stellvertretende Ministerpräsident Wan Li in Gesprächen mit Ausländern bekannt. So teilte Wan Li japanischen Besuchern am 5. Juli mit, daß die Ämter des Parteivorsitzenden und der stellvertretenden Parteivorsitzenden wahrscheinlich abgeschafft werden. Dies dürfte bedeuten, daß es den Ständigen Ausschuß des Politbüros in Zukunft nicht mehr geben wird. Wie Hu Yaobang am 23. August in einem Gespräch mit dem Direktor von AFP, Henri Pigeat, ausführte, wird das Politbüro jedoch als höchstes Parteiorgan für politische Grundsatzentscheidungen fortbestehen. Die Aufgaben des Ständigen Ausschusses des Politbüros wird offenbar das ZK-Sekretariat übernehmen, das zuvor bereits die politische Routinearbeit der Parteizentrale leitete. Hu Yaobang zufolge wird das Sekretariat von ihm und Ministerpräsident Zhao Ziyang geleitet werden. Sowohl Wan Li als auch Hu Yaobang gaben bekannt, daß sich die älteren KPCh-Führer, darunter auch Deng Xiaoping, in die Zentrale Beraterkommission zurückziehen werden. Deng werde den Vorsitz dieses Gremiums übernehmen (AP, 17.7.82; AFP, 23.8.82, nach MD, 25.8.82). Mit diesen Bekanntmachungen nahmen die beiden chinesischen Spitzenpolitiker Entscheidungen nicht nur des

XII. Parteitags, sondern auch der 1. Plenartagung des XII. ZK vorweg. Hieran zeigt sich wieder einmal, daß - getreu dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" - Parteitage und ZK-Plenartagungen im wesentlichen Akklamationsforen für bereits an der Parteitagspitze gefällte Entscheidungen sind und vor allem propagandistischen Charakter haben. -sch-

(3)

24. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK

Die 24. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK fand vom 19. bis 23. August 1982 in Beijing statt (RMRB, 20. und 24.8.82). Das ständige Parlamentsorgan faßte folgende Beschlüsse:

1. Einberufung der 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im November 1982. Haupttagesordnungspunkte werden die Beratung und Verabschiedung der neuen Verfassung und der Regierungsbericht von Ministerpräsident Zhao Ziyang sein.
2. Genehmigung des Staatshaushalts 1981 (siehe die Übersicht "Endgültige Zahlen zum Staatshaushalt 1981" in diesem Heft sowie den Bericht von Finanzminister Wang Bingqian über den Staatshaushalt 1981 in RMRB, 24.8.82).
3. Verabschiedung des "Gesetzes der Volksrepublik China über den Meeresschutz" (siehe RMRB, 20.8.82; Gesetzestext in RMRB, 25.8.82).
4. Verabschiedung des "Gesetzes der Volksrepublik China über Warenzeichen" (siehe RMRB, 20.8.82; Gesetzestext in RMRB, 27.8.82).
5. Beschluß über den Beitritt der VR China zur "Konvention über den Status von Flüchtlingen" und zum "Protokoll über den Status von Flüchtlingen" unter bestimmten Vorbehalten.
6. Ratifizierung des "Konsularvertrages zwischen der Volksrepublik China und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien".
7. Beschluß über die weitere Verringerung der Anzahl der direkt dem Staatsrat unterstehenden Organe (siehe die Übersicht "Weitere Verringerung der Anzahl der direkt dem Staatsrat unterstehenden Organe" in diesem Heft).
8. Beschluß über die Eingliederung der Nachrichtenagentur

"Neues China" in den Staatsrat. Die Agentur ist nunmehr Bestandteil der Zentralregierung und stellt das einzige zentrale Nachrichtenorgan des Staates dar. Damit nimmt die Nachrichtenagentur "Neues China" nun offenbar den Rang eines Ministeriums ein.

9. Beschluß über die Einrichtung der Kommission für Rüstungsforschung und -technik und für Rüstungsindustrie. Das Büro des Staatsrats für die Rüstungsindustrie, die Kommission für Rüstungsforschung und -technik der VBA und die Kommission für wissenschaftlich-technische Ausrüstung der ZK-Militärkommission werden zu der neuen Kommission zusammengefaßt. Die Kommission für Rüstungsforschung und -technik und für Rüstungsindustrie steht unter der Führung sowohl des Staatsrates als auch der ZK-Militärkommission. Unklar ist deshalb, wo dieses Gremium anzusiedeln ist. Die Einrichtung der Kommission durch den Ständigen NVK-Ausschuß deutet jedoch darauf hin, daß sie Bestandteil des Staatsrates ist und deshalb wahrscheinlich zu den sieben Kommissionen des Staatsrats hinzugezählt werden muß.

10. Entlassungen und Ernennungen

10.1. Lu Jiayi (66) löst Fang Yi (66) als Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ab.

10.2. Ma Hong (62) löst Hu Qiaomu (70) als Präsident der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften ab.

10.3. Liu Jiguang löst Tian Jia als Präsident des Militärgerichtshofs der VBA ab.

10.4. Zhou Zhong wird stellvertretender Präsident des Militärgerichtshofs der VBA.

10.5. Mu Qing (61) wird Direktor der Nachrichtenagentur "Neues China" (der bisherige Direktor von Xinhua, der 68jährige Zeng Tao, wurde zum Berater ernannt).

10.6. Chen Bin (63) wird Vorsitzender der Kommission für Rüstungswissenschaft und -technik und für Rüstungsindustrie.

10.7. Weitere Entlassungen und Ernennungen.

-sch-

(4)

5.Tagung des V.NVK im November 1982

Die 5.Tagung des V.Nationalen

Volkkongresses wird im November d.J. stattfinden. Dies beschloß der Ständige Ausschuß des V.NVK auf seiner 24.Sitzung am 23.August 1982. Haupttagsordnungspunkte werden die Verabschiedung der neuen Verfassung (siehe C.a., Mai 1982, S.271-273) und der Regierungsbericht von Ministerpräsident Zhao Ziyang sein. (RMRB, 24.8.82)

-sch-

(5)

Weitere Verringerung der Anzahl der direkt dem Staatsrat unterstehenden Organe

Der Ständige Ausschuß des V.NVK hat auf seiner 24.Sitzung am 23.August eine weitere Verringerung der Organe der Zentralregierung beschlossen. Nach diesen Strukturreformmaßnahmen bleiben von den ursprünglich 41 direkt dem Staatsrat unterstehenden Organen nur noch die folgenden 15 übrig (RMRB, 24.8.82; vgl. C.a., März 1982, S.131-132):

1. Zentrales Amt für Materialversorgung (guojia wuzi ju)
2. Zentrales Preisamt (guojia wujia ju)
3. Zentrales Amt für Statistik (guojia tongji ju)
4. Zentrales Verwaltungsamt für Industrie und Handel (guojia gongshang xingzheng guanli ju)
5. Hauptzollamt (haiguan zongshu)
6. Zentrales Amt für Meteorologie (guojia qixiang ju)
7. Chinesisches Amt für Zivilluftfahrt (Zhongguo minyong hangkong ju)
8. Zentrales Amt für Ozeanographie (guojia haiyang ju)
9. Zentrales Amt für Seismologie (guojia dizhen ju)
- 10) Zentrales Amt für Touristik (guojia luyou ju)
- 11) Komitee zur Reform der chinesischen Schrift (Zhongguo wenzi gaige weiyuanhui)
- 12) Amt des Staatsrats für religiöse Angelegenheiten (guowuyuan zongjiao shiwu ju)
- 13) Zentrales Archivamt (guojia dang'an ju)
- 14) Beraterbüro des Staatsrats (guowuyuan canshi shi)
- 15) Verwaltungsamt des Staatsrats für die Angelegenheiten der Regierungsorgane (guowuyuan jiguan shiwu guanli ju)

Die folgenden 8 Ämter bzw. Banken gelten nicht mehr als direkt dem Staatsrat unterstehende selbständige Organe und wurden anderen bereits bestehenden Staatsratsorganen untergeordnet:

- Zentrales Hauptverwaltungsamt für Buntmetallindustrie
- Zentrales Hauptverwaltungsamt für medizinische Versorgung und Arzneimittel
- Zentrales Hauptamt für Devisenkontrolle
- Amt des Staatsrats für ausländische Spezialisten
- Chinesische Landwirtschaftsbank
- Chinesische Volksaufbaubank
- Hauptamt für die Kontrolle von Import- und Exportwaren
- Verwaltungsamt für die Gedenkstätte für den Vorsitzenden Mao.

-sch-

(6)

Verkleinerung der Gewerkschaftsspitze

Eine personelle und organisatorische Straffung der Führung des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas (NGVC) hat das IX.NGVC-Exekutivkomitee auf seiner 4.Sitzung vom 30.Juli bis 5.August in Beijing beschlossen (RMRB, 5.8.82). Damit hat die seit mehreren Monaten in Partei und Staat durchgeführte "Strukturreform" nun auch die sog. Massenorganisationen ergriffen. 16 stellvertretende Vorsitzende, Sekretäre und Sekretariatskandidaten des NGVC verloren ihr Amt. Die Zahl der nationalen Industriegewerkschaften und der NGVC-Hauptabteilungen wurde von 37 auf 21 verringert und die Anzahl ihrer Führungskader von 106 auf 65 gesenkt. Die neuformierte Gewerkschaftsspitze Chinas setzt sich aus folgenden neuen Funktionen zusammen:

- Vorsitzender: Ni Zhifu
- stellvertretende Vorsitzende: Gu Dachun, Wang Chonglun und Zhang Ruiying (w)
- Mitglieder des NGVC-Sekretariats: Wang Jiachong, Jiang Yi und Liu Shi
- Kandidaten des NGVC-Sekretariats: Wang Shenxiang und Wang Xun.

-sch-

(7)

X.Nationaler Gewerkschaftskongreß in der 2.Jahreshälfte 1983

Der X.Nationale Gewerkschaftskongreß Chinas wird in der 2.Hälfte des Jahres 1983 stattfinden. Dies beschloß das IX.Exekutivkomitee des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas auf seiner 4.Sitzung, die vom 30.Juli

bis 4. August 1982 in Beijing abgehalten wurde. Auf der Tagesordnung werden u.a. der Bericht des Exekutivkomitees und die Verabschiedung einer neuen Gewerkschaftssatzung stehen. Der letzte Nationale Gewerkschaftskongress hatte im Oktober 1978 stattgefunden. (RMRB, 5.8.82)
-sch-

(8)
**Beijinger Dissident
zu 15 Jahren Haft
verurteilt
- keine Hinrichtung
von Jiang Qing**

Xu Wenli, einer der Aktivisten der demokratischen Bewegung in Beijing, ist kürzlich wegen angeblicher "konterrevolutionärer Aktivitäten" zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden (Le Monde, 29.8.82). Der 38jährige Xu hatte von November 1978 bis März 1980 zusammen mit über zwanzig Freunden die inoffizielle Zeitschrift "Forum des 5. April" herausgegeben. Wie die meisten Aktivisten der demokratischen Bewegung verstand sich Xu als Marxist und übte konstruktive Kritik am sozialistischen Gesellschaftssystem Chinas. Ziel der von ihm befürworteten Reformen war die Schaffung eines "demokratischen Sozialismus" im Reich der Mitte. Hierzu forderte er u.a. eine echte Demokratisierung des politischen Lebens und einen effektiven Schutz der in der Verfassung niedergeschriebenen Freiheitsrechte des Volkes. Xu Wenli veröffentlichte in seiner Zeitschrift u.a. mehrere Beiträge, die den Behörden die formal geltenden Gesetze und Bestimmungen vorhielten, wenn diese von ihnen verletzt worden waren. So protestierte das "Forum des 5. April" auch gegen den Prozeß gegen Wei Jingsheng (am 16.10.1979 zu 15 Jahren Haft verurteilt) und veröffentlichte ein inoffizielles Protokoll der Gerichtsverhandlung. Xu lehnte Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung entschieden ab und trat statt dessen für eine Zusammenarbeit der "demokratischen Sozialisten" mit den Behörden und für eine gegenseitige Kontrolle ein. Mit diesen Forderungen zählte Xu Wenli zweifelsohne zu den gemäßigsten Vertretern der demokratischen Opposition Chinas.

Nachdem der Mitherausgeber des "Forum des 5. April", Liu Qing, am 10. November 1979 verhaftet worden war und die Behörden zunehmend Druck auf Xu und seine Freunde ausübten, entschloß sich Xu Wenli im März 1980, das weitere Erscheinen der Zeitschrift einzustellen. Insgesamt waren bis

dahin 17 Ausgaben erschienen. Danach verbreitete Xu Wenli seine politischen Ansichten mit Hilfe der hektographierten "Studiennachrichten" ausschließlich auf dem Postweg und unter der Hand.

Nachdem Deng Xiaoping im Dezember 1980 zum wiederholten Male gefordert hatte, über die demokratischen Oppositionellen "die Diktatur auszuüben" (siehe C.a., Februar 1980, S.115; C.a., Februar 1981, Ü 13), setzte das Zentralkomitee der KPCh im März 1981 das ZK-Dokument Nr.9 in Umlauf, in dem die lokalen Sicherheitsbehörden aufgefordert wurden, den Aktivitäten der demokratischen Oppositionellen ein schnelles Ende zu bereiten. Im Rahmen einer landesweiten Verhaftungswelle wurde Xu Wenli am 10. April 1981 festgenommen und tauchte nicht wieder auf. Seine Angehörigen - Xu ist verheiratet und hat eine kleine Tochter - wurden weder über die Haftgründe noch über seinen Aufenthaltsort informiert.

Im August 1982, also fast anderthalb Jahre nach seiner Festnahme, wurde Xu Wenli schließlich zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits im Mai d.J. waren in Guangzhou die beiden demokratischen Oppositionellen Wang Xizhe und He Qiu zu 14 bzw. 10 Jahren Haft abgeurteilt worden (siehe C.a., Juni 1982, Ü 9). Ein Rechtsextremist in der Provinz Sichuan hingegen, der Hitler öffentlich gelobt und die Aufstellung von faschistischen Kampfverbänden befürwortet haben soll, wurde im Juni 1982 zu der vergleichsweise milden Strafe von 8 Jahren Gefängnis verurteilt (Radio Sichuan, 23.6.82, nach SWB, 24.6.82).

Das extrem hohe Strafmaß für die Aktivisten der demokratischen Bewegung, die ausnahmslos Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung entschieden ablehnten und lediglich für mehr Demokratie und gesicherte Freiheitsrechte des Volkes eintraten, steht auch im krassen Mißverhältnis zu den Strafen, die die linksradikale "Viererbande" und ihre Anhänger erhielten: Die Mao-Witwe Jiang Qing z.B., die für schuldig befunden worden war, am Tod von 34.800 Menschen und an der Verfolgung von 729.511 Personen mitverantwortlich zu sein, wurde im Januar 1981 zum Tode mit aufschiebender Wirkung verurteilt. Mittlerweile haben der Parteivorsitzende Hu Yaobang und Politbüromitglied Peng Zhen im Juli und August d.J. öffentlich klargestellt, daß die Todesstrafe gegen Jiang Qing nicht vollstreckt wer-

den soll und ein Gericht eine entsprechende Strafminderung verkünden wird (Nin, 11.7.82, nach SWB, 27.7.82; FRu, 1.9.82). Der möglicherweise in der Sowjetunion stationierte Sender "1. August" meldete, daß Deng Xiaoping auf einer Politbürositzung den Obersten Gerichtshof angewiesen habe, das Todesurteil gegen Jiang Qing in eine 14jährige Haftstrafe umzuwandeln. Seine angebliche Begründung: Erstens sei Jiang Qing die Witwe Maos; zweitens sei eine Giftschlange, der die Giftzähne gezogen seien, harmlos; und drittens könne die Hinrichtung von Jiang Qing unter den gegenwärtigen politischen Umständen unnötige Unruhe hervorrufen (Radio 1. August, 24.7.82, nach SWB, 27.7.82).

Abgesehen davon, ob die letztgenannte Meldung stimmt oder nicht, zeigen die harten Strafen für die demokratischen Oppositionellen und die vergleichsweise milde Behandlung der "Viererbande" und ihrer Anhänger wieder einmal, daß es in China zwei Arten von Angeklagten zu geben scheint: einfache Täter aus dem Volke und privilegierte Täter aus der Führung. Schon im kaiserlichen China war das so - Verwandte des Kaisers und jene, die der kaiserlichen Familie langjährig treu gedient hatten, durften selbst bei schweren Vergehen in der Regel auf relative Milde hoffen (siehe Oskar Weggel in C.a., Januar 1981, S.38). Bis heute scheint sich daran nicht viel geändert zu haben.
-sch-

(9)
**Weitere personelle Wechsel
in der Führung der
Provinz Hebei**

Nach der Auswechslung des 1. Parteisekretärs der Provinz Hebei im Juli 1982 (Gao Yang für Jin Ming; siehe C.a., Juli 1982, Ü 13) hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas im August weitere personelle Veränderungen an der politischen Führungsspitze dieser Provinz vorgenommen. Der bisherige Gouverneur Li Erzong und der bisherige Vorsitzende des Volkskongresses der Provinz Hebei, Jiang Yizhen, wurden auf Beschluß des ZK auf offiziell nicht genannte neue Posten außerhalb Hebeis versetzt. Daraufhin trat am 9. August 1982 der Ständige Ausschuß des Volkskongresses der Provinz Hebei zu seiner 16. Sitzung zusammen und wählte Niu Shucai zu seinem amtierenden Vorsitzenden. Zum amtierenden Gouverneur von Hebei wurde Liu Bingyan er-

nannt. (Radio Beijing, 9.8.82, nach SWB, 12.8.82)
-sch-

**(10)
Fünf Mao-Briefe gegen
Privilegiensucht ver-
öffentlicht**

Fünf Briefe, die der frühere KPCh-Vorsitzende Mao Zedong von 1950 bis 1957 an seine Verwandten schrieb, hat das Theorie-Organ des ZK der KPCh, die "Rote Fahne", am 16. August 1982 veröffentlicht (HQ, 1982/Nr.16). Das ZK-Organ "Volkszeitung" druckte die Mao-Briefe in ihrer Ausgabe vom 17. August ebenfalls ab. In diesen Briefen betonte Mao Zedong, daß er seine Macht nicht dazu ausnutzen dürfe, um persönliche Vorteile oder Vergünstigungen für seine Verwandten und seine Heimatstadt zu erreichen. In einem Kommentar der "Roten Fahne" wurde betont, daß Mao Zedong strenge Anforderungen an seine Verwandten und Freunde gestellt und sie gebeten habe, keine Privilegien anzustreben. An die Adresse der Kader gerichtet schrieb die Zeitschrift, daß eine derartige selbstlose Haltung notwendig sei, um das Vertrauen des Volkes zu gewinnen. Bedauerlicherweise gäbe es jedoch immer noch Funktionäre, die ihre Stellung und Macht dazu ausnutzten, um für ihre Verwandten oder Freunde Arbeits- und Studienplätze sowie andere begehrte Dinge zu beschaffen.
-sch-

**(11)
Flugzeugführer hinge-
richtet**

Die fünf Männer, die am 25. Juli 1982 versucht hatten, eine Verkehrsmaschine der chinesischen Luftfahrtgesellschaft nach Taiwan zu entführen, sind am 11. August in Shanghai von einem Volksgericht mittlerer Ebene zum Tode verurteilt und am 19. August hingerichtet worden. Die fünf wurden der versuchten Flugzeugentführung "mit konterrevolutionärem Ziel" für schuldig befunden. Bei den Luftpiraten hatte es sich um fünf ca. 20jährige Fabrikarbeiter aus Xi'an gehandelt. Die Untersuchungen des Gerichts ergaben, daß die fünf im April d.J. mit den Vorbereitungen für die Flugzeugentführung begonnen hatten. Die von den Verurteilten gegen das Todesurteil eingelegte Revision wurde vom Oberen Volksgerichtshof Shanghais verworfen. Frühere Meldungen, nach denen ein Besatzungsmitglied von den Luftpiraten erstochen und zwei Entführer von Besatzung und Passagieren erschlagen worden

seien, bestätigten sich nicht. (Radio Beijing, 19.8.82, nach SWB, 21.8.82; XNA, 19.8.82)

Die achtköpfige Besatzung, der es durch ihr entschlossenes Eingreifen gelang, die Flugzeugentführung zu verhindern, erhielt am 12. August vom Staatsrat hohe Auszeichnungen. Am 14. August wurden die Besatzungsmitglieder vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Wan Li, von Verteidigungsminister Geng Biao und vom Generalsekretär des Staatsrats, Du Xingyuan, empfangen. Eine Belohnung und weitere Auszeichnungen ("heldenhafte CAAC-Besatzung", "Anti-Flugzeugentführungs-Held" usw.) erhielt die Besatzung am 19. August auf einer Veranstaltung des Chinesischen Amtes für Zivilluftfahrt. Auszeichnungen wurden auch vom Nationalen Gewerkschaftsverband, vom Nationalen Frauenverband und vom Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbands verliehen. (RMRB, 15.8.82; XNA, 14. und 20.8.82)
-sch-

**(12)
Kontrolle des Bevölke-
rungswachstums oberstes
Gebot**

Gut einen Monat nach Beendigung der Volkszählung kam die zentrale Kommission für Familienplanung vom 10. bis 18. August 1982 in Beijing zu einer Konferenz zusammen, auf der die langfristige Politik hinsichtlich der Kontrolle des Bevölkerungswachstums festgelegt wurde. Angesichts der negativen Folgen, die ein weiteres Bevölkerungswachstum für die Wirtschaft des Landes und die Modernisierungspolitik haben würde, ist die Regierung fest entschlossen, das Wachstum einzudämmen und die Familienplanungsarbeit fest in den Griff zu bekommen (siehe RMRB, 11. und 19.8.82). Wichtigste Methode dabei soll die Propagierung der Ein-Kind-Familie sein. Daneben werden weiter die Spätheirat und die Kritik an dem immer noch bestehenden "feudalistischen" Ideal, lieber männliche als weibliche Nachkommen zu haben, propagiert. Ministerpräsident Zhao Ziyang verkündete auf einem Empfang für die Tagungsteilnehmer, daß die Regierung mit allen Mitteln anstrebe, die Bevölkerungszahl innerhalb dieses Jahrhunderts nicht über 1,2 Milliarden steigen zu lassen (RMRB, 19.8.82).

Die Problematik erläutert noch einmal ein Leitartikel der Volkszeitung vom 23.8.82. Darin heißt es, daß das Problem des Bevölkerungswachstums insbesondere auf

dem Lande sehr gravierend sei, denn mit dem steigenden Lebensstandard wachse bei der bäuerlichen Bevölkerung auch der Wunsch nach mehr Kindern. Die seit Jahrtausenden tradierten Anschauungen, daß viele Söhne viel Glück bedeuteten und daß Jungen höher geachtet würden als Mädchen, behinderten in hohem Maße die Familienplanungsarbeit. Die Besonderheiten der chinesischen Bevölkerung, daß sie a) sehr groß sei, b) in der altersmäßigen Zusammensetzung relativ jung sei und c) schnell wachse, machten die Dringlichkeit und Schwierigkeit der Familienplanungsarbeit nur um so deutlicher. Diejenigen, die nach der Befreiung, d.h. nach 1949, geboren wurden, umfaßten 63% der Bevölkerung, und bis zum Ende dieses Jahrhunderts kämen noch über 240 Millionen junge Menschen ins heirats- und zeugungsfähige Alter. Im sechsten Fünfjahresplan (1981-85) soll das durchschnittliche Bevölkerungswachstum auf 13 0/00 gesenkt und der Anteil der Erstkinder auf 58% gesteigert, im siebten Fünfjahresplan (1986-90) das durchschnittliche Bevölkerungswachstum auf 11 0/00 gesenkt und der Anteil der Erstkinder auf 63% gesteigert werden. Laut Plan sollen vor 1990 jährlich etwa 19 Millionen Kinder geboren werden. Wenn dies nicht gelingt, d.h. die Bevölkerung noch mehr wächst, dann würde das ernsthafte Auswirkungen nicht nur auf die Volkswirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung, sondern auch auf das Bildungs- und Gesundheitswesen haben.

Das auf der 4. Tagung des V.NVK (30.11.-13.12.81) gesteckte Ziel, die Bevölkerungszahl bis zum Ende dieses Jahrhunderts nicht über 1,2 Milliarden steigen zu lassen, könne nur erreicht werden, wenn man strikt die Politik nach dem Motto "Die Quantität der Bevölkerung einschränken, die Qualität der Bevölkerung erhöhen" durchführte. Man müsse an dem Prinzip der Ein-Kind-Familie festhalten, des weiteren an dem Prinzip, spät zu heiraten, spät Kinder zu kriegen, wenig Kinder zu kriegen und gesunde Kinder zur Welt zu bringen. Alle Propaganda-, Nachrichten-, Kultur-, Kunst-, Erziehungs- und Gesundheitsabteilungen ebenso wie der Frauenverband, die Gewerkschaften und die Jugendliga müßten unter den Massen hinsichtlich der Familienplanung gute Propaganda- und Erziehungsarbeit leisten. Hierbei seien die "drei hauptsächlichen Dinge" (sange wei zhu) zu beachten: Was Propaganda bzw. Erziehung und wirtschaftliche Maßnahmen anginge, so seien Propaganda

und Erziehung die Hauptsache; was Verhütung und Abtreibung angeht, so sei Verhütung die Hauptsache; was regelmäßige Arbeit und Sondermaßnahmen angeht, so sei regelmäßige Arbeit die Hauptsache. Bei der Propaganda und Erziehung sei in dreierlei Hinsicht aufzuklären: 1. in bezug auf Bevölkerungstheorie, 2. in bezug auf Kenntnisse über Geburtenbeschränkung, 3. in bezug auf eugenische Kenntnisse. Außerdem sei es notwendig, das Angebot an Verhütungsmitteln zu erhöhen und deren technische Qualität zu verbessern. Ferner sei die eugenische Forschung zu fördern und darauf hinzuwirken, daß vor der Ehe Beratungen und Untersuchungen durchgeführt würden, damit die nächste Generation gesund und intelligent werde.

Die in dem Leitartikel angesprochenen Probleme sind immens. Allein die Tatsache, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt ist, läßt alle Methoden zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums hoffnungslos erscheinen, gar nicht zu reden von den menschlichen Härten, die dadurch entstehen, daß Kinder nur nach Plan geboren werden dürfen und daß Zweit- oder Mehrgeburten wirtschaftliche Strafen zur Folge haben.

-st-

WISSENSCHAFT*AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(13)

Tagung über kombinierte Arbeits- und Lernpro- gramme an Schulen

Vom 1.-10. August 1982 fand in Beijing eine Konferenz über kombinierte Arbeits- und Lernprogramme an Grund- und Mittelschulen statt. Die Tagung war von der Staatlichen Planungskommission, der Staatlichen Wirtschaftskommission, dem Finanz- und dem Erziehungsministerium veranstaltet worden. Bei den Programmen geht es darum, an den Schulen teils körperliche Arbeit, teils Unterricht durchzuführen. Wie es bei der Eröffnung der Tagung hieß, hätten laut Statistiken des Jahres 1981 43 Prozent aller Schulen in 28 Provinzeinheiten (allen außer Tibet) solche Programme eingeführt. Der im Arbeitsprogramm erwirtschaftete Nettoertrag dieser Schulen habe sich auf 576 Millionen Yuan belaufen, das seien 8,03% der staatlichen Gesamtausgaben für das allgemeine Erziehungswesen (GMRB, 2.8.82). Der stellvertre-

tende Erziehungsminister betonte, daß das Programm nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen zu befürworten sei, sondern auch aus Gründen einer guten Allround-Erziehung in moralischer (d.h. ideologischer), geistiger und körperlicher Hinsicht. Er führte ferner aus, daß das Erziehungsministerium verlange, daß die Schüler an Grundschulen wöchentlich 45 Minuten, die Schüler an Mittelschulen wöchentlich 100 Minuten körperliche Arbeit leisten (XNA, 11.8.82).

Auf der Konferenz wurden neue Richtlinien für die kombinierte Arbeits- und Lernmethode aufgestellt und alle Schulen aufgefordert, derartige Programme einzuführen. Auf der Abschlusssitzung erklärte Erziehungsminister He Dongchang, daß die Arbeits- und Lernprogramme einmal eine gute Methode zur Verbreitung der Grundschul seien, zum anderen aber auch eine gute Methode zur Hebung der Qualität der Erziehung an Grund- und Mittelschulen und zur Reform der Sekundarschulen (GMRB, 11.8.82).

Die Kommunistische Partei hat schon immer Schulen befürwortet, auf denen teils gearbeitet, teils gelernt wird. Insbesondere in der kulturellen Phase wurde auf allen Schulen die körperliche Arbeit überbetont. Als Reaktion hierauf wurde in den letzten Jahren das Lernen wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Daß neuerdings die kombinierte Lern-/Arbeitsschule propagiert wird, zeigt deutlich, daß die Partei auch auf den Schulen die Zügel in bezug auf ideologische Erziehung fester anzieht.

Gerade aufgrund der Auswüchse in der Kulturrevolution, so gab Hu Qiaomu in seiner Rede vor den Konferenzteilnehmern zu, gebe es viele Kritiker der Methode des gleichzeitigen Arbeitens und Lernens. Er gab jedoch deutlich zu verstehen, daß geistige und produktive Arbeit eng zusammengehören und daß zur moralischen Erziehung vor allem körperliche Arbeit gehöre. Nur durch die Kombination von geistiger und körperlicher Arbeit könne das Erziehungsideal der KPCh einer umfassenden Bildung auf moralischem, geistigem und körperlichem Gebiet verwirklicht werden (RMRB, 10.8.82).

-st-

(14)

Bestimmungen für selbst- zahlende Auslandsstuden- ten

Unter Beteiligung des Erziehungs-

ministeriums, des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, des Außenministeriums und des Arbeits- und Personalministeriums wurden kürzlich "Bestimmungen betreffend selbstzahlende Auslandsstudenten" erlassen. Diese neuen Bestimmungen sind am 16. Juli 1982 in Kraft getreten und lösen die im Januar 1981 vom Staatsrat gebilligten vorläufigen Bestimmungen ab. In den Bestimmungen wird festgehalten, daß es die Möglichkeit gibt, auf eigene Kosten zum Studium ins Ausland zu gehen. Denen, die sich um ein Studium im Ausland auf eigene Kosten bewerben, kann das Auslandsstudium in Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen des Ministeriums für öffentliche Sicherheit gewährt werden, wenn zuverlässige, im Ausland lebende Verwandte oder Freunde oder in China lebende Verwandte für die Studiengebühren und die Lebenskosten aufkommen (oder wenn sie im Ausland Stipendien besorgt haben). Die Bewerber müssen die Zulassungspapiere zu den entsprechenden Universitäten oder Hochschulen sowie ein beglaubigtes Garantieschreiben vorweisen können, daß alle Kosten von den Verwandten oder Freunden übernommen werden. Studenten und Postgraduierte sollen nicht älter als 35 Jahre sein, solche, die weiterführende Studien betreiben wollen, nicht älter als 45 Jahre. Der Bewerber muß ein Abiturzeugnis oder ein Hochschulexamen vorweisen können.

Um zu garantieren, daß der staatliche Plan zur Ausbildung qualifizierter Kräfte erfüllt wird, ist es Studenten, die an einer Universität oder Hochschule studieren oder als Postgraduierte an einer Universität oder wissenschaftlichen Institution arbeiten, nicht gestattet, auf eigene Kosten ins Ausland zu studieren. Nach absolviertem Examen muß der Kandidat zunächst die ihm vom Staat zugewiesene Stellung antreten und für zwei Jahre arbeiten, bevor er die Erlaubnis einholen kann, sich um ein Studium im Ausland auf eigene Kosten zu bemühen. Diese Einschränkungen, daß bereits studierende Studenten nicht ins Ausland studieren dürfen und daß man nach dem Examen erst zwei Jahre arbeiten muß, gelten nicht für Kinder, Geschwister und deren Kinder von Auslandschinesen, von in Hong Kong oder Macao lebenden Chinesen und von Chinesen ausländischer Herkunft oder zurückgekehrten Auslandschinesen.

Jemand, der in China gearbeitet hat und dann zum Studium ins Ausland geht, verliert seine Stel-